Stand: 01.06.2025 09:01:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1858

"Bauen ist der beste Mieterschutz - ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenpaket"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1858 vom 07.05.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 08.05.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/2754 des BV vom 27.06.2019
4. Beschluss des Plenums 18/2902 vom 04.07.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.05.2019 **Drucksache** 18/**1858**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Bauen ist der beste Mieterschutz – ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenpaket

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich gegen aktuell diskutierte Forderungen nach staatlich festgesetzten Mieten aus und fordert die Staatsregierung auf, die nachfolgenden sieben konkreten Sofortmaßnahmen schnellstmöglich umzusetzen, um den angespannten Wohnungsmarkt durch effizienteres, schnelleres und günstigeres Bauen gerade in Ballungsräumen zu entspannen:

1. Mehr Angebot statt Mieten-Stopp: Wir lehnen die zentralen Forderungen des Volksbegehrens „Uns glangt's! Mieten-Stopp in Bayern!“ wie beispielsweise das Einfrieren von Bestandsmieten über einen Zeitraum von fünf Jahren ab, da sich dadurch private Investoren aus dem Wohnungsbau zurückziehen würden.
2. Direkte Unterstützung: Nach der Devise Subjekt- vor Objektförderung gilt es, eine direkte finanzielle Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten zu leisten, die sich nach den regionalen Gegebenheiten richtet, wodurch eine flexible und direkte Förderung möglich ist.
3. Baukosten reduzieren und Hürden beseitigen: Die Bayerische Bauordnung (BayBO) muss bezüglich ihrer Standards und Regularien überprüft und angepasst werden, um die Baukosten zu reduzieren. Die Garagen- und Stellplatzverordnung, die Entsorgung für mineralische Bauabfälle und energetische Anforderungen zählen zu erheblichen Kostentreibern. Der Landtag fordert zudem die Einführung eines Baukosten-TÜVs. Jede neue Norm und jedes neue Gesetz müssen einer verpflichteten Folgekostenabschätzung unterzogen werden.
4. Einfacheres und schnelleres Baurecht: Viele Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Daher gilt es, Baugenehmigungsverfahren zu digitalisieren und durch die Einführung verbindlicher Fristen zu beschleunigen. Während vereinfachte Baugenehmigungsverfahren künftig innerhalb eines Monats entschieden werden sollten, sollte die Entscheidung über Bauanträge im sogenannten Normalverfahren innerhalb von zwei Monaten fallen. Werden diese Fristen überschritten, sollen die eingereichten Anträge als genehmigt gelten.
5. Selbstgenutztes Wohneigentum fördern und schützen: Gerade im Alter nehmen die Kosten für Wohnen anteilig an den Gesamtkosten zu. Wohnen im Eigentum stellt daher eine große Unabhängigkeit dar und gibt Sicherheit. Durch den Entfall der Grunderwerbsteuer für das erste selbstgenutzte Wohneigentum kann hierzu ein Beitrag geleistet werden.
6. Bauland mobilisieren: Grundstücke und Liegenschaften, die nicht für Staatszwecke benötigt werden, gilt es dem Markt per Konzeptvergabe zur Verfügung zu stellen. Es muss insgesamt mehr und schneller Bauland ausgewiesen werden.
7. Innenbereich moderat nachverdichten: Es gilt im staatlichen Eigentum befindliche Baulücken zu schließen und darauf hinzuwirken, die Grundflächenzahl in Ballungsräumen zu erhöhen sowie eine höhere Geschosszahl zuzulassen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Explodierende Mietpreise stellen uns vor enorme Herausforderungen. Mieterhöhungen jedoch per Gesetz zu untersagen, ist der falsche Ansatz. Es würde das Ziel, den Wohnungsmarkt zu entspannen, verfehlen. Investoren würden abgeschreckt und Vermieter würden sich aus dem Markt zurückziehen. Das Ausbleiben neuer Investitionen wäre auch im Bereich des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus eine Katastrophe – vor allem für sozial Schwächere. Ein ausreichendes Angebot an Wohnraum ist der beste Mieterschutz. Die Mieten explodieren dann, wenn es zu wenige Wohnungen gibt und zu wenig Neue gebaut werden. Gerade Groß- und Universitätsstädte verzeichnen einen enormen Zuzug. Allein München wird aktuellen Prognosen zufolge bis 2030 auf 1,8 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner ansteigen. Die Stadt verzeichnete zwischen 2011 und 2015 eine Zunahme von etwa 52.000 Haushalten, während der Wohnungsbestand im gleichen Zeitraum nur um 22.000 Einheiten zunahm. In ganz Bayern werden jährlich 70.000 Wohnungen benötigt. Zwar nimmt die Zahl der fertiggestellten Wohneinheiten leicht zu, jedoch wurde 2017 und 2018 das Ziel um etwa 10.000 Wohnungen verfehlt. Daher fordert die FDP-Landtagsfraktion die schnellstmögliche Umsetzung der genannten sieben Sofortmaßnahmen, um durch effizienteres, schnelleres und günstigeres Bauen den Wohnungsmarkt zu entspannen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Da können Sie jetzt buhen. Ich bin jetzt über zehn Jahre hier in diesem Hohen Haus, und es gab in über zehn Jahren keine einzige Situation, die es gerechtfertigt hätte, Sie mit der AfD oder einer anderen Gruppierung des rechten oder linken extremistischen Spektrums in einen Topf zu werfen. Das habe ich nie getan, und das werde ich auch nicht tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Natascha Kohnen (SPD))

Es ist bedauerlich, dass Sie das als Verquickung verstanden haben und dass Sie es so verstanden haben, dass die SPD hier mit der AfD in einen Topf geworfen wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lesen Sie Ihren Antrag!)

Das war nie Gegenstand dieses Antrags. Das war nie beabsichtigt. Ich denke, diese Erklärung ist klar und eindeutig. Dass zwei Sachverhalte in einem Antrag zusammengefasst sind, ist nichts Unübliches. Das passiert öfters.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist keine Distanzierung!)

Um es noch mal deutlich zu sagen: Es sind zwei voneinander getrennte Vorgänge.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie machen es noch schlimmer!)

Es war weder meine Absicht noch ist es der Inhalt meines Redebeitrags – Sie können ihn gerne noch einmal anhören, ich werde es auch tun –, Sie mit rechtsextremem Gedankengut in Verbindung zu bringen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank Herr Abgeordneter Pohl. – Gibt es Wortmeldungen zur Gegenrede? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Abstimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag wird beim nächsten Plenum ohne weitere Aussprache erfolgen.

Die weiteren Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/1850 mit 18/1859 und 18/1876 mit 18/1881 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 6 (Drs. 18/305), 7 (Drs. 18/314), 8 (Drs. 18/315) und 9 (Drs. 18/342) werden vertagt.

Meine Damen und Herren, es bleibt mir nichts anderes zu tun als das, was mir Herr Kollege Swoboda unnötigerweise abnehmen wollte. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, geprägt von etwas unaufgeregteren Gesprächen, gerne auch über Fraktionsgrenzen hinweg. Schönen Abend! Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19:30 Uhr)

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 27.06.2019 **Drucksache** 18/**2754**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Drs. 18/**1858**

Bauen ist der beste Mieterschutz - ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenpaket

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Landtag spricht sich gegen aktuell diskutierte Forderungen nach staatlichen festgesetzten Mieten aus und fordert die Staatsregierung auf, den eingeschlagenen wohnungspolitischen Kurs konsequent fortzusetzen, um den angespannten Wohnungsmarkt durch effizienteres, schnelleres und günstigeres Bauen gerade in Ballungsräumen zu entspannen:

1. Mehr Angebot statt Mieten-Stopp: Wir lehnen die zentralen Forderungen des Volksbegehrens „Uns glangt's! Mieten-Stopp in Bayern!“ wie beispielsweise das Einfrieren von Bestandsmieten über einen Zeitraum von fünf Jahren ab, da sich dadurch private Investoren aus dem Wohnungsbau zurückziehen würden.

2. Direkte Unterstützung: Die Staatsregierung soll die bewährte Förderung der Eigentumsbildung mit der staatlichen Wohnraumförderung fortsetzen. Durch diese direkte Förderung werden Familien bestmöglich unterstützt. Die staatliche Förderung der Schaffung von Mietwohnraum soll in bewährter Weise fortgeführt werden, denn auch hiervon profitieren insbesondere Familien.

3. Baukosten reduzieren und Hürden beseitigen: Die Bayerische Bauordnung (BayBO) muss bezüglich ihrer Standards und Regularien überprüft und angepasst werden, um die Baukosten zu reduzieren. Die Garagen- und Stellplatzverordnung, die Entsorgung für mineralische Bauabfälle und energetische Anforderungen zählen zu erheblichen Kostentreibern.

4. Einfacheres und schnelleres Baurecht: Viele Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Daher gilt es, Baugenehmigungsverfahren zu digitalisieren und durch die Einführung verbindlicher Fristen zu beschleunigen.

5. Selbstgenutztes Wohneigentum fördern und schützen: Gerade im Alter nehmen die Kosten für Wohnen anteilig an den Gesamtkosten zu. Wohnen im Eigentum stellt daher eine große Unabhängigkeit dar und gibt Sicherheit.

6. Es muss insgesamt mehr und schneller Bauland ausgewiesen werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

7. Innenbereich moderat nachverdichten: Es gilt Baulücken zu schließen und darauf hinzuwirken, die Grundflächenzahl in Ballungsräumen zu erhöhen sowie eine höhere Geschosszahl zuzulassen.“

Berichterstatter: **Sebastian Körber**
Mitberichterstatter: **Josef Schmid**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 8. Sitzung am 21. Mai 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Zustimmung
   in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 29. Sitzung am 27. Juni 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Zustimmung
   der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Sebastian Körber
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 04.07.2019 **Drucksache** 18/**2902**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/**1858**, 18/**2754**

Bauen ist der beste Mieterschutz – ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenpaket

Der Landtag spricht sich gegen aktuell diskutierte Forderungen nach staatlich festgesetzten Mieten aus und fordert die Staatsregierung auf, den eingeschlagenen wohnungspolitischen Kurs konsequent fortzusetzen, um den angespannten Wohnungsmarkt durch effizienteres, schnelleres und günstigeres Bauen gerade in Ballungsräumen zu entspannen:

1. Mehr Angebot statt Mieten-Stopp: Wir lehnen die zentralen Forderungen des Volksbegehrens „Uns glangt's! Mieten-Stopp in Bayern!“ wie beispielsweise das Einfrieren von Bestandsmieten über einen Zeitraum von fünf Jahren ab, da sich dadurch private Investoren aus dem Wohnungsbau zurückziehen würden.
2. Direkte Unterstützung: Die Staatsregierung soll die bewährte Förderung der Eigentumsbildung mit der staatlichen Wohnraumförderung fortsetzen. Durch diese direkte Förderung werden Familien bestmöglich unterstützt. Die staatliche Förderung der Schaffung von Mietwohnraum soll in bewährter Weise fortgeführt werden, denn auch hiervon profitieren insbesondere Familien.
3. Baukosten reduzieren und Hürden beseitigen: Die Bayerische Bauordnung (BayBO) muss bezüglich ihrer Standards und Regularien überprüft und angepasst werden, um die Baukosten zu reduzieren. Die Garagen- und Stellplatzverordnung, die Entsorgung für mineralische Bauabfälle und energetische Anforderungen zählen zu erheblichen Kostentreibern.
4. Einfacheres und schnelleres Baurecht: Viele Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Daher gilt es, Baugenehmigungsverfahren zu digitalisieren und durch die Einführung verbindlicher Fristen zu beschleunigen.
5. Selbstgenutztes Wohneigentum fördern und schützen: Gerade im Alter nehmen die Kosten für Wohnen anteilig an den Gesamtkosten zu. Wohnen im Eigentum stellt daher eine große Unabhängigkeit dar und gibt Sicherheit.
6. Es muss insgesamt mehr und schneller Bauland ausgewiesen werden.
7. Innenbereich moderat nachverdichten: Es gilt Baulücken zu schließen und darauf hinzuwirken, die Grundflächenzahl in Ballungsräumen zu erhöhen sowie eine höhere Geschosszahl zuzulassen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Präsidentin
I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch
VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 21 der Anlage. Das ist der Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen" auf Drucksache 18/1642, der auf Antrag der AfD-Fraktion einzeln behandelt werden soll. Der Aufruf dieses Antrags erfolgt nach der Behandlung der Dringlichkeitsanträge.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die gesamte Antragsliste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Damit ist die Liste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25 so beschlossen, und der Landtag übernimmt diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 27. Mai 2019 (Vf. 74-III-18) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018
PII-G1310.18-0018
Drs. 18/2721 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Antrag und der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung sind unbegründet.
II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 5. Juni 2019 (Vf. 46-III-19) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018
PII-G1310.19-0008
Drs. 18/2722 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Antrag ist unbegründet.
II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 5. Juni 2019 (Vf. 56-III-19) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018
PII-G1310.19-0009
Drs. 18/2723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Antrag ist unbegründet.
II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. Juni 2019 (Vf. 53-III-19) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018
PII-G1310.19-0010
Drs. 18/2724 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Antrag ist unbegründet.
II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. Juni 2019 (Vf. 57-VIII-19) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018
PII-G1310.19-0011
Drs. 18/2725 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Antrag ist unbegründet.
II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Horst Arnold u.a. SPD
Umsetzung der Eckpunkte der Kulturministerkonferenz zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten
Drs. 18/1080, 18/2505 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Diana Stachowitz, Markus Rinderspacher u.a. SPD
Fortführung des Programms zum verstärkten Ausbau von Tiefengeothermie-Wärmenetzen
Drs. 18/1492, 18/2748 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen I:
Mehr Handlungsspielraum für die Kommunen bei der Innenentwicklung
Drs. 18/1513, 18/2509 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen II:
Flächenfraß durch steuerliche Anreize reduzieren
Drs. 18/1514, 18/2510 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	A

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen III:
Ausfransen von Ortsrändern verhindern
Drs. 18/1515, 18/2733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	A

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen IV:
Flächenstatistik reformieren
Drs. 18/1516, 18/2511 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	A

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bezahlbaren Wohnraum schaffen – Erwerb von Belegungsrechten ermöglichen
Drs. 18/1527, 18/2512 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

13. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Stabilisierungshilfen für Landkreise
Drs. 18/1529, 18/2584 (E) [X]

Auf Antrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kostenexplosionen verhindern – effektives Projektcontrolling im staatlichen Hochbau gewährleisten
Drs. 18/1539, 18/2513 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten I – Landesagentur für Energie und Klimaschutz
Drs. 18/1562, 18/2743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten II – Förderung und Gründung von Energieagenturen in Bayern
Drs. 18/1563, 18/2744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten III – Schulung von Energieberaterinnen und Energieberatern praxisnah gestalten
Drs. 18/1564, 18/2745 (A)

Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten IV – Energiearmut messbar machen
Drs. 18/1565, 18/2746 (A)

Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten V – Förderprogramme alltags- und praxistauglich gestalten
Drs. 18/1566, 18/2747 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	A

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen – Afghanistan ist nicht sicher!
Drs. 18/1600, 18/2660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen
Drs. 18/1642, 18/2317 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vollzug des Finanzausgleichsgesetzes – Ansatz für Kinderbetreuung überprüfen!
Drs. 18/1644, 18/2756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Klimaschutz vernünftig und zielorientiert umsetzen
Drs. 18/1647, 18/2741 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	A	Z

24. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Martin Schöffel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Förderung nach RZWas 2018
Drs. 18/1794, 18/2742 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Sandro Kirchner, Jürgen Baumgärtner, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mobilität der Zukunft: Technologieführerschaft und -offenheit erhalten
Drs. 18/1817, 18/2749 (ENTH)

über diesen Antrag wird gesondert abgestimmt

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Unterstützung der geforderten Masern-Impfpflicht
Drs. 18/1852, 18/2730 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	Z	Z

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solidarität und Vernunft fördern, Impfquoten nachhaltig steigern
Drs. 18/1877, 18/2731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	A

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. und Fraktion (SPD)
Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern sicherstellen!
Drs. 18/1851, 18/2740 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

29. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Robert Brannekämper, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern: Hebammenversorgung sichern, Zahl der Absolventinnen und Absolventen deutlich steigern, Fachwissen der Hebammenschulen bewahren
Drs. 18/2033, 18/2739 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	A	Z

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Gemeinsamer Kampf gegen den Krebs in Europa
Drs. 18/1859, 18/2732 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Bauen ist der beste Mieterschutz – ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenpaket
Drs. 18/1858, 18/2754 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	ENTH	A	Z

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
NEIN zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit bei Entscheidungen in der EU-Sozialpolitik
Drs. 18/1850, 18/2755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein starkes Europa der Regionen!
Drs. 18/1855, 18/2758 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein starkes Europa mit klarer Verantwortung – Sozialpolitik bleibt Sache der Mitgliedstaaten
Drs. 18/1876, 18/2757 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	Z